

Frau Jeane von Oppenheim	CDU
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maren Friedlaender	FDP
Frau Rita Krause	pro Köln
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Behindertenvertretung	in Vertretung für Frau Palm
-----------------------------	-----------------------	-----------------------------

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Dr. Heike Gregarek	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Herr Dr. Reinhard Heinemann	Für die Denkmalpflege sachverständiger Bürger

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Maria Blank	Seniorenvertretung	in Vertretung für Herrn Klehn
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Frau Renate Kaymer	Stadtkonservatorin
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern	Kulturamtsleiter

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat für Kunst und Kultur
------------------	-------------------------------

Gäste

Herr Volker Görzel	FDP
--------------------	-----

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Detlef Alsbach	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln
---------------------	-------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Karin Reinhardt	CDU
----------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
---------------	-----------------------

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
--------------------------------------	------------------------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gert Klehn	Seniorenvertretung
Frau Veronica Oommen	GOL
Frau Minu Nikpay	KÖBES

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur liegt unter TOP 13.7 die Mitteilung der Verwaltung bezüglich der „Teilnahme der Museen der Stadt Köln am Regionalen Rheinlandtag am 20. Juni 2010“ als Tischvorlage vor.

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, zunächst die Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud stattfinden zu lassen, um der Schauspielintendantin Beier die Gelegenheit zu geben, den Spielplan des Schauspiels Köln zu Beginn der Sitzung vorzustellen.

RM von Bülow schlägt vor, die auf der Tagesordnung unter TOP 9.1 vorgesehene Beschlussvorlage betreffend „Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln“ und die dazugehörige Mitteilung der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Außerdem schlägt sie vor, die Mitteilung unter TOP 7.1 des Eigenbetriebs Bühnen betreffend „II. Quartalsbericht der Bühnen Köln Spielzeit 09/10 - vom 01.09.09 bis 28.02.10“ in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln zu behandeln, weil sie recht kurzfristig vorgelegt worden sei.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Archäologische Zone**
- 3 Historisches Archiv**
- 4 Neubau Kulturzentrum am Neumarkt**
- 5 Denkmalpflege**
- 6 Schwerpunktthemen**
- 7 Schriftliche Anfragen**
- 8 Schriftliche Anträge**
- 9 Allgemeine Vorlagen**
 - 9.1 Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln
0798/2010
 - 9.1.1 Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln, 0798/2010
Beantwortung der mündlichen Anfragen vom 20.04.2010
1888/2010
 - 9.2 "Bundesrasenschau"
Konzept einer Rasenmäherzeichnung für den Inneren Grüngürtel in Köln
5150/2009
- 10 Sonderausstellungen**
 - 10.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen - Fortschreibung
1727/2010

11 Annahme von Schenkungen

12 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Regelmäßige Unterrichtung des Ausschusses für Kunst und Kultur über die Führung der Denkmalliste; Zeitraum vom 01.01.2008 - 31.12. 2009
1644/2010

13.2 Vorläufige Haushaltsführung, Hj. 2010
hier: Auswirkungen auf die Förderung der freien Kunstszene
1802/2010

13.3 Städtebaufördermaßnahmen Filmhaus Maybachstraße und KinderKulturHaus Vondelstraße
hier: Finanzbeiräte
1867/2010

13.4 artothek
1925/2010

13.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage 13.4 Tanzhaus aus der Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 20.04.2010
1921/2010

13.6 Konjunkturpaket II - Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendabteilung im Untergeschoss der Zentralbibliothek
1797/2010

13.7 Teilnahme der Museen der Stadt Köln am Regionalen Rheinlandtag am 20. Juni 2010
1959/2010

14 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

15 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

16 Schwerpunktthemen

17 Schriftliche Anfragen

18 Schriftliche Anträge

19 Allgemeine Vorlagen

19.1 Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln

20 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

21 Mitteilungen der Verwaltung

21.1 Sachstandsbericht Inventarisierung in den Museen
0051/2010

21.2 Anfrage der Fraktion LDK im Integrationsrat zur Bühne der Kulturen / Arkadas-Theater
1038/2010

21.3 Neuausrichtung des Kulturbunker Köln-Mülheim e. V.
1516/2010

21.4 Weiterbeschäftigung eines Gutachters für das Historische Archiv
1918/2010

22 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

Der Tagesordnungspunkt wurde in die nächste Sitzung verschoben.

3 Historisches Archiv

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia berichtet, dass am 22. April 2010 eine Veranstaltung für die Nachlassgeber durchgeführt worden sei. Sie unterstreicht, dass die Anwesenden mit den gegebenen Informationen zufrieden gewesen seien. Dies wolle sie nachtragen, weil die Information der Nachlassgeber in der Vergangenheit ein Thema im Ausschuss Kunst und Kultur gewesen sei.

Sie berichtet weiter, dass zum Bezug des Restaurierungs- und Digitalisierungszentrums Verhandlungen stattfinden, welche noch nicht ganz abgeschlossen seien. Sie weist ferner auf den Umzug des Historischen Archivs am 23. April 2010 an den Heumarkt hin. Im Herbst werde es eine offizielle Ausstellungseröffnung geben, zu der sie die Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur recht herzlich einlädt.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet ergänzend, dass man möglicherweise nächste Woche mit der Errichtung des Bergebauwerks beginne. Aufgrund der Statik handele es sich um eine hochdramatische Situation. Hierzu gebe es jetzt eine Lösung und man gehe im Moment davon aus, dass die Errichtung des Bergebauwerks realisiert werden könne. Somit könne ab Juli mit der Bergung von Archivalien begonnen werden.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia erklärt, dass mit den Mitarbeitern und dem Personalrat vereinbart worden sei, dass man jederzeit in den Schichtdienst eintreten könne. Außerdem weist sie darauf hin, dass man sich dazu entschlossen habe, die Berliner Ausstellung nach Köln zu holen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für die aktuellen Informationen.

4 Neubau Kulturzentrum am Neumarkt

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass man zur heutigen Sitzung noch nicht aussagefähig sei, weil die nächste Teilabnahme der Gebäude erst am 14. Mai 2010 vereinbart worden sei, wie bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur erwähnt. Er berichtet weiter, dass es bezüglich der Nachbesserungen entsprechende Protokolle geben werde und ein zweiter Abnahmetermin am 2. Juni 2010 geplant sei. Dies sei mit der ARGE vertraglich so vereinbart. Die Gebäudewirtschaft gehe davon aus, dass es keine allzu großen Nachträge geben werde und die Arbeiten bis zu 1. Juli 2010 abgeschlossen seien. Er betont allerdings, dass ihm diese Aussage noch nicht schriftlich vorliege und er deshalb über den tatsächlichen Sachstand keine verlässliche Aussage machen könne. Bezüglich des Eröffnungstermins erklärt er, dass hierfür das Gebäude betriebsfertig und die Ausstellungsflächen des gesamten Museumskomplexes gleichzeitig fertig gestellt sein müssen. Er unterstreicht, dass er keinen Eröffnungstermin kommunizieren möchte, ehe dieser nicht wirklich fix sei.

Herr von Rautenstrauch kritisiert zunächst, dass kein Vertreter der Gebäudewirtschaft anwesend sei. Er berichtet, dass es in der Cäcilienkirche aufsteigende Feuchtigkeit in den Wänden gebe, die für die Exponate des Museums Schnütgen sehr gefährlich seien. Außerdem gebe es immer noch einige Verzögerungen und er hebt in diesem Zusammenhang die Nichtfertigstellung des Band-Anbaus hervor. Des Weiteren bedauert er, dass der geplante Eröffnungstermin nach den Herbstferien terminiert worden sei. Hierdurch entgehen den Museen einige Einnahmen, weil unter anderem in den Ferien viele Familien die Museen besuchen. Er schlägt vor, dass die Kulturverwaltung den endgültigen Eröffnungstermin auf den 22. Oktober 2010 festlegen sollte. Die Gebäudewirtschaft müsse sich dem beugen, um die Eröffnung nicht noch weiter zu verzögern.

Herr Dr. Wackerhagen bittet den Direktor des Rautenstrauch-Joest-Museums Prof. Dr. Schneider um eine Einschätzung hierzu.

Der Direktor des Rautenstrauch-Joest-Museums Prof. Dr. Schneider bestätigt die Ausführungen des Kulturdezernenten. Er weist darauf hin, dass ein Vertreter der Gebäudewirtschaft an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne, weil es im KAN eine wichtige Abstimmung gegeben habe. Hierbei sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die verbleibende Unsicherheit, die den Eröffnungstermin im September gefährde, mit einem Risiko verbunden sei, welches man nicht übernehmen wolle. Es müsse gewährleistet sein, beide Museen gleichzeitig zu eröffnen. Dies sei aufgrund der Situation der Cäcilienkirche nicht machbar. Er habe mit der Direktorin des Museums Schnütgen Dr. Täube ausdrücklich besprochen, dass der Eröffnungstermin am 22. Oktober 2010 das erklärte Ziel sei.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, sowie den Hinweis auf den Eröffnungstermin am 22. Oktober 2010.

5 Denkmalpflege

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand der Denkmalpflege.

RM Dr. Elster bittet um eine Stellungnahme bezüglich der Rheinlandhalle. Außerdem fragt er, ob die Entwicklungsgesellschaft „Clouth-Gelände“ mittlerweile gegründet und ein Investor gefunden worden sei, um mit ihm das Gelände entsprechend zu entwickeln.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Zuständigkeit des Clouth-Geländes nicht im Bereich des Ausschusses Kunst und Kultur liege.

RM Zimmermann fragt bezüglich des Helios-Geländes, ob es Ergebnisse darüber gebe, den dort befindlichen italienischen Supermarkt unter Denkmalschutz zu stellen.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer berichtet, dass das komplette Areal des Helios-Geländes bezüglich des Denkmalschutzes untersucht werde. Es gebe zudem einen Prüfauftrag, ob die Halle mit dem italienischen Supermarkt denkmalwürdig sei. Diese Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, da man am Anfang der Gesamtkonzeption stehe. Sie werde kontinuierlich dem Ausschuss Kunst und Kultur berichten.

Herr Sörries fragt, ob es mittlerweile Ergebnisse betreffend der Forts gebe. Vor geraumer Zeit sei anhand einer Vorlage eine Hochschule beauftragt worden, sich mit den Forts zu beschäftigen. Er schlägt vor, dies auf alle Forts zu übertragen und wissenschaftlich auszuwerten.

Des Weiteren fragt er, ob beispielsweise das „Underground“, welches sich ebenfalls im Helios-Gelände befinde, erhalten bleibe bzw. unter Denkmalschutz gestellt werde. Stadtkonservatorin Dr. Kaymer antwortet, dass das „Underground“ nicht unter Denkmalschutz gestellt werde. Ob es erhalten werde, hänge von der Planungskonzeption ab.

Zu den Forts berichtet sie, dass es hierzu interessante Aspekte gebe, zu denen man in Kürze einem aktuellen Stand vorlege.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für die aktuelle Berichterstattung.

6 Schwerpunktthemen

7 Schriftliche Anfragen

8 Schriftliche Anträge

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln 0798/2010

Die Beratung der Beschlussvorlage erfolgte im nichtöffentlichen Teil.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur bestellt gem. § 2 Abs. 1 der Neufassung der Satzung über die Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln vom 5. November 2009 die in der Anlage 1 benannten Personen als Jury-Mitglieder für die Dauer der laufenden Ratsperiode (2009 – 2014).

Der Ausschuss Kunst und Kultur benennt folgende Mitglieder des Rates als stimmberechtigte Jury-Mitglieder für die Dauer der laufenden Ratsperiode:

Für die SPD-Fraktion	Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes
Für die CDU-Fraktion	Dr. Ralph Elster
Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen	Bürgermeisterin Angela Spizig
Für die FDP-Fraktion	Volker Görzel

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.1.1 Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln, 0798/2010
Beantwortung der mündlichen Anfragen vom 20.04.2010
1888/2010**

Die Mitteilung wurde gemeinsam mit der Beschlussvorlage „Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln“ im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.2 "Bundesrasenschau"
Konzept einer Rasenmäherzeichnung für den Inneren Grüngürtel in Köln
5150/2009**

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass es hierzu einen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt gebe, in dem die Finanzierung in den Vordergrund gestellt wurde. Falls die Finanzierung sichergestellt sei, würde seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist zunächst darauf hin, dass in der Vorlage der Vermerk auf den Haushaltsvorbehalt fehle, weil möglicherweise 9.000 EUR aus der Kulturverwaltung zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie würde es für ihre Fraktion begrüßen, wenn das Projekt realisiert werden könne. Am besten kostenneutral für die Stadt Köln. Es handele sich hierbei um ein interessantes Projekt eines renommierten Künstlers, welches für Jedermann frei zugänglich sei. Sie weist außerdem darauf hin, dass der Anteil der Stadt Köln, falls er fällig werde, im Vergleich zum Gesamtvolumen relativ gering sei. Ihre Fraktion möchte, mit dem Wunsch verbunden dies möglichst kostenneutral umzusetzen, dem Beschlussvorschlag zustimmen. Sie hofft, dass der Künstler die nicht unerhebliche Summe über Fördermittel und Sponsorenmittel einwerben kann, um das Projekt umzusetzen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Beschlussvorlage von Dezernat VI handele, die im Ausschuss für Umwelt und Grün beschlossen werde. Er befürwortet das Projekt, weil er es für künstlerisch attraktiv halte.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass der Ausschuss Kunst und Kultur die Beschlussempfehlung aus kulturpolitischer Sicht begründet und dementsprechend beschließt.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Ausschuss Umwelt und Grün die Annahme folgenden Beschlussvorschlags:

Der Ausschuss Umwelt und Grün ist mit **einer möglichst kostenneutralen** Durchführung des Kunstprojektes „Bundesrasenschau“ im Zeitraum vom 07. August 2010 bis 01. Oktober 2010 vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Sonderausstellungen

10.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen - Fortschreibung 1727/2010

RM Peil zeigt sich überrascht, dass sich in der Zeit vom 20. April bis zum 6. Mai 2010 im Hinblick auf die Mondreal-Ausstellungen so viele neue Erkenntnisse ergeben haben. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das Gemälde „Komposition in schwarz und rot“ welches eines besonderen Schutzes bedarf und fragt, ob dieser nicht bereits vorher dort gegeben war, wo sich das Gemälde befand. Ebenso überraschend sei für ihn, dass für die Mondreal-Ausstellungen plötzlich 3000 EUR für Öffentlichkeitsarbeit benötigt werden, welches sich seines Erachtens nicht aus der Vorlage erschließe.

Museumsreferent Troost berichtet, dass Frau Dr. Hesse seit dem 1. März 2010 neue Direktorin im Museum für Angewandte Kunst sei und sich der ursprünglichen Ausstellungsplanung angenommen und das Konzept überarbeitet habe. Hierdurch sei es zu einer andersartigen Ausstellungsarchitektur gekommen. Bezüglich des Gemäldes berichtet er, dass man Teile der Sammlung von Prof. Winkler präsentiere und dies in dem Schenkungsvertrag seinerzeit so festgeschrieben worden sei. Die Erhöhung der Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit von 5000 EUR auf 8000 EUR sei dem geschuldet, dass die neue Direktorin daraus ein repräsentativeres Projekt gemacht habe, als es ursprünglich geplant gewesen sei.

Herr Sörries fragt, ob dies eine Auflage von Prof. Winkler gewesen sei.

Die Direktorin des Museums für Angewandte Kunst Dr. Hesse hebt hervor, dass die Mondreal-Ausstellung eine sehr wichtige Ausstellung für das Museum sei, die unter anderem auf dem Treppenabsatz stattfinde. Da man für die Präsentation des Gemäldes „Komposition in schwarz und rot“ besondere klimatische Bedingungen erfüllen müsse, sei die Umrüstung einer vorhandenen Vitrine über den Einbau einer Klimatisierung und eines UV-Schutzes notwendig. Darüber hinaus werde als tragendes Element der Ausstellungsarchitektur ein begehbarer Kubus aufgestellt. Dieser Kubus habe eine große Nachhaltigkeit, weil es sich hierbei um ein modulares System handle, mit dem man für wenig Geld den vorhandenen Betrieb aufrüste, um das wertvolle Objekt repräsentativ und unter den besten konservatorischen Bedingungen auszustellen. Der Kubus sei eine Art Schrein, der für weitere Ausstellungen auf dem Treppenabsatz verwendbar sei.

RM Peil fragt, ob der LVR die Ausstellung „Karneval instandgesetzt“ bezuschusse und wie dies ggf. eingearbeitet worden sei.

Museumsreferent Troost antwortet, dass die Ausstellung in Form eines Projektkostenzuschusses von der Stadt Köln gefördert werde. Die Durchführung bzw. die Initiative obliege der Stunksitzung, welche einen Zuschuss des LVR bekommen habe. Die Höhe sei ihm jedoch nicht bekannt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der anliegenden Liste (Anlage 1) aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Der Beschluss ergeht zudem unter dem Vorbehalt, dass

sich aus dem weiteren Hpl.-Verfahren 2010 ergebende Änderungen in der Budgetierung der Museen auch auf die Mittelverwendung der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Ausstellungskalkulationen niederschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Annahme von Schenkungen

12 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Regelmäßige Unterrichtung des Ausschusses für Kunst und Kultur über die Führung der Denkmalliste; Zeitraum vom 01.01.2008 - 31.12. 2009 1644/2010

Herr Heinemann begrüßt im Namen der rheinischen Denkmalpflege die Führung der Denkmalliste über den Zeitraum vom 01.01.2008 - 31.12. 2009. Er behalte sich vor, sich nach Prüfung der Liste mit eigenen Vorschlägen an die Verwaltung zu wenden.

Herr Sörries fragt, wie entschieden werde, welche Objekte denkmalwürdig seien. Bei den Löschungen aus der Liste sei in den meisten Fällen ein fehlender Denkmalwert aufgrund von Veränderungen angegeben. Er fragt, ob es in diesen Fällen Sanktionen gegen die Hausbesitzer gebe, wenn diese Mittel für die Sanierung von Denkmälern erhalten haben. Außerdem möchte er wissen, ob man die Eigentümer dazu zwingen könne, das Objekt wieder in den ursprünglichen Zustand zu bringen.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erklärt, dass 1980 zunächst eine generelle Aufnahme in das Verzeichnis des Denkmalschutzgesetzes durchgeführt worden sei. Dies werde sukzessiv erarbeitet, geprüft und dann tatsächlich faktisch unter Denkmalschutz gestellt. Von daher gebe es zwischen der Erfassung und der endgültigen Überprüfung immer noch eine Zeitspanne, die ihres Erachtens zu groß sei, weil man unter einem personellen Engpass arbeite. Wenn es sich bei den Löschungen um einen mangelnden denkmalpflegerischen Wert handele, geschehen die aktuellen Überprüfungen im Einvernehmen mit dem Landschaftsverband. Eine Ortsbesichtigung und der Dialog mit dem Eigentümer und dem Fachamt seien stets damit verbunden.

Auf Nachfrage von Herrn Sörries bestätigt Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass es sich um die Zeitspanne von 1980 bis heute handele. Sie ergänzt jedoch, dass hiermit Veränderungen verbunden seien, die nicht mehr dem heutigen Tatbestand entsprechen. Außerdem erklärt sie, dass es Sanktionen gebe, wenn ein Objekt unter Denkmalschutz gestellt worden sei und widerrechtlich etwas getan wurde, was nicht denkmalverträglich sei. Hierbei spiele der Grad der Veränderung eine Rolle. In den aufgelisteten Fällen sei eine Rückführung in den ursprünglichen Zustand nicht mehr möglich gewesen. Von daher sei die größte Sanktion die man tatsächlich durchführen könne, diesen Tatbestand aus der Denkmalliste zu streichen und damit die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung für den Eigentümer nicht mehr zu geben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.2 Vorläufige Haushaltsführung, Hj. 2010 hier: Auswirkungen auf die Förderung der freien Kunstszene 1802/2010

Herr von Rautenstrauch ist dankbar, dass die Kulturverwaltung mit dieser Mitteilung deutlich mache, dass die Förderung der kulturellen Institutionen keine freiwillige Aufgabe sei. Dahinter stehe, abgesehen von den Verpflichtungen gegenüber den Bürgern dieser Stadt, eine Fülle von juristischen Verpflichtungen und vertraglichen Vereinbarungen. Die Kultur sei ein unverzichtbarer Bestandteil der gemeindlichen Selbstverwaltungsaufgaben.

Herr Dr. Gellner stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu und erläutert, dass die Beantwortung zwar sehr ausführlich aber auch abstrakt sei, weil eigentlich nur Insider wissen können, welche Folgen dahinterstehen. Er nennt hierfür unter anderem das Beispiel Theater, wofür seines Erachtens weitere Kürzungen in der Projektförderung anstehen. Außerdem seien in der bildenden Kunst Ausstellungsprojekte und Ausstellungsräume gestrichen worden. Ebenfalls von den Kürzungen seien unter anderem die Bereiche der Film- und Fotoszene, die Literaturveranstaltungen und das Projekt IGNIS betroffen. Er bemängelt, dass viele Veranstaltungen, die für die Stadt Köln wichtig seien, den geplanten Kürzungen zum Opfer fallen könnten. Er weist darauf hin, dass hierzu noch kein Beschluss gefasst worden sei. Dies müsse im Rahmen der Etatverhandlungen noch geschehen. Außerdem bestehe diesbezüglich keine Planungssicherheit. Er zeigt auf, dass der Stadt Köln ein Substanzverlust bevorstehe, wenn die Kürzungen im Rahmen des Doppelhaushaltes fortgeschrieben werden, da man sich danach von großen Teilen der freien Szene verabschieden könne. Er schlägt vor, dass das Kulturamt konkret aufliste, welche Kulturbereiche tatsächlich gefährdet seien.

RM von Bülow weist darauf hin, dass ein Ratsbeschluss darüber gefasst worden sei, wie im zweiten Quartal die freien Träger im Kulturbereich mit Mitteln zu versorgen seien. Dies sei zwar in dieser Form nicht unbedingt erstrebenswert, aber immerhin eine Lösung, um mit der verzwickten Situation verantwortlich umzugehen. Insofern halte sie es für begrüßenswert, wie das Kulturamt bisher damit umgegangen sei. Sie wirft die Frage in den Raum, wer diese Stadt regiere und verweist in diesem Zusammenhang auf einen Brief des Regierungspräsidenten in dem angezweifelt werde, dass dieser Ratsbeschluss rechtlich durchhaltbar sei und in dieser Form nicht durchgeführt werden dürfe. Der Brief des RP an alle Ratsmitglieder ende mit dem Hinweis, dass laut § 43 Absatz 4 der GO NRW die persönliche Haftung aller Ratsmitglieder für Entscheidungen, die der Rat bezüglich des Haushaltes treffe, angemahnt werde. Sie erinnert daran, dass man in der Vergangenheit eigentlich eine ganz andere Diskussion geführt habe, indem man sich mit dem Kulturentwicklungsplan befasst habe und sich einig gewesen sei, dass die Kultur mehr Geld erhalten müsse. Es sei sich darüber unterhalten worden, dass Einsparungen bei den Transferleistungen, die lediglich einen geringen Anteil des Haushaltes der Stadt Köln ausmachen, unsinnig seien, weil man damit den Haushalt nicht konsolidieren könne. Sie macht darauf aufmerksam, dass sich die Politik in den Arbeitskreisen Gedanken darüber mache, wie man verantwortlich handeln und sparen könne. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass eigentlich gar nicht gespart werden könne.

Herr Deutsch kritisiert die Aussage von RM von Bülow, in welcher der Eindruck entstehe, der Regierungspräsident würde diese Stadt regieren. Tatsächlich habe man seit geraumer Zeit ein Bündnis von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und einen Oberbürgermeister, der der SPD-Fraktion angehöre. Er macht darauf aufmerksam, dass die Landtagswahlen vorüber seien und man nun über die tatsächlichen Probleme dis-

kutieren müsse. Bereits im Januar habe er gefragt, wie man auf die Kürzungsvorschläge reagieren könne und wie mögliche Strategien des Kulturamtes und der einzelnen Institutionen aussehen könnten. Bisher habe es hierzu keine Stellungnahme der Verwaltung gegeben.

RM Dr. Elster pflichtet der Darstellung von Herrn Deutsch bei und führt weiter aus, dass man den Aussagen der Verwaltung nur bedingt vertraue, da es täglich Notstandserklärungen der freien Szene gebe und sowohl die Politik als auch die Verwaltung gefordert sei etwas zu unternehmen. Er hält es für falsch dem Regierungspräsidenten die Schuld zu geben, weil der Rat der Stadt Köln seit Monaten versäumt habe einen klaren Haushalt vorzulegen. Er weist darauf hin, dass es diesbezüglich eine Pressemitteilung seiner Fraktion gebe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass die von den Einsparungen betroffenen Kulturangebote in einer schwierigen Situation seien. Dies sei unter anderem durch die Verschiebung der Haushaltsverabschiedung zu Stande gekommen und betreffe insbesondere die freie Szene. Herr Dr. Gellner habe dies deutlich dargestellt. Sie spricht in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung des „Kölner Kommentar“ an und macht für ihre Fraktion deutlich, dass man nicht nur Gespräche weiterführen sollte, sondern die Akteure mit einbeziehen müsse. Es sei der Eindruck entstanden, dass die freie Szene in Teilen stärker benachteiligt werde als die städtischen Institutionen. Dies müsse ihres Erachtens von der Verwaltung entweder bestätigt oder dementiert werden. Sie betont, dass man sich darauf verständigt habe einen Doppelhaushalt zu erstellen, weil nur mit einer längerfristigen Perspektive verhindert werden könnte, in einen Nothaushalt zu gelangen. Nur so könne die Handlungsfähigkeit der Kommune erhalten bleiben. Man warte auf die Vorschläge des Oberbürgermeisters bzw. der Dezernate, um diese in den Fraktionen zu diskutieren. Danach könne festgestellt werden, wo Spielräume entstehen und sich von kulturpolitischer Seite dafür einsetzen, dass es möglichst wenige Einschnitte geben werde. Sie erwarte von der Verwaltung, dass sie im Blick habe, welche Institutionen im Grundsatz bedroht seien oder wo Strukturen wegbrechen könnten, so dass komplette Veranstaltungen nicht mehr zum Tragen kommen. Sie halte es für wichtig, dass zusätzliche Fördermittel oder Landesmittel erhalten bleiben und nicht verloren gehen. In der aktuellen vorläufigen Haushaltsführung sei es die Kernaufgabe des jeweiligen Beigeordneten, dass keine Strukturen zerstört werden. In Konfliktfällen muss dies mit der Verwaltung, der Kämmerei und ggf. mit dem Oberbürgermeister abgeklärt werden. So verstehe sie auch die vorgelegte Mitteilung des Kulturamtes.

RM Peil betont, dass man vor einem Dilemma stehe und man momentan keine Garantien über die Finanzierung der nächsten Monate abgeben könne. Es sei das Recht und die Pflicht der Politik, dies so gut wie möglich zu gestalten. Es müsse jedoch darauf hingewiesen werden, wie man in dieses Dilemma gestolpert sei. Er betont, dass die Stadt Köln daran einen geringen Anteil habe. Im Wesentlichen habe nach seiner Auffassung die schwarz-gelbe Landesregierung dazu beigetragen, weil diese einen Raubzug durch die kommunalen Kassen unternommen habe. Er räumt ein, dass man vielleicht nicht alle Chancen wahrgenommen habe, um dies entsprechend abzuwenden und schlägt vor, ohne gegenseitige Schuldzuweisung zu versuchen, die Probleme dieser Stadt sachlich zu lösen.

Frau van Duiven möchte deutlich machen, wie sich aus Sicht der freien Szene die heutige Diskussion des Kulturausschusses darstelle. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Darstellung von Herrn Schmeing im Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester hin, der aus seiner Position seine Lage dargestellt habe. Er habe ausgesagt, dass „das Gürzenich-Orchester ein Flaggsschiff der Kultur sei, welches in bewegtem Wasser auf sicherem Kurs ist“. Dies wünsche sie sich ebenfalls für die freie Sze-

ne. Sie weist auf den Kulturentwicklungsplan hin in dem stehe, dass die institutionelle und die freie Szene die zwei Säulen des Kulturlebens der Stadt Köln seien.

Herr Dr. Wackerhagen schlägt vor, dass die Verwaltung aus den verschiedenen Bereichen der Kulturszene, über die Herr Dr. Gellner eben gesprochen habe, berichtet, um darüber politisch diskutieren zu können. Es müsse offen dargelegt werden, wofür man sich einsetzen wolle und welche wichtigen Einrichtungen erhalten bleiben. Er bittet darum, dies in der nächsten Sitzung konkret zu erörtern.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass dies eine schwierige Situation für die Verwaltung sei, da man momentan unter den Beschränkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft handeln müsse. Der Oberbürgermeister habe im Dezember 2009 einen Haushaltsentwurf eingebracht, welcher im gegenseitigen Einvernehmen und in Absprache mit der Ratsmehrheit in einen Doppelhaushalt umgestellt worden sei. Dies bedeute, dass man keine verlässliche Basis einer Haushaltsplanung habe. Die Kämmerei habe bei allen Auszahlungen und Ermächtigungen zunächst die gekürzten Ansätze vom Dezember 2009 zu Grunde gelegt. Dieses Verfahren sei aus Sicht der Kämmerei durchaus nachvollziehbar, da es eine Lücke von über 500 Mio. EUR im Haushalt gebe. Er macht allerdings deutlich, dass er als Kulturdezernent darüber sehr unglücklich sei. Man befinde sich momentan in der internen Endabstimmung, mit dem Ziel, einen Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2010/2011 zu erarbeiten, welcher vor der Sommerpause in den Rat eingebracht werden soll. Bevor dies nicht abgeschlossen sei, könne er über Zahlen oder Auswirkungen keine Aussage treffen. Zu den Auszahlungen von Landesmitteln zeigt er auf, dass die Stadtverwaltung weiterhin versuche Dinge zu ermöglichen, obwohl dies nicht ganz unproblematisch sei. Dies sei hauptsächlich der ungeklärten und politisch nicht beschlossenen Situation geschuldet. Bezüglich der Bemerkung von Frau van Duiven erklärt er, dass die Aussage des Geschäftsführenden Direktors des Gürzenich-Orchesters künstlerisch gemeint gewesen sei. Er habe gleichzeitig aufgezeigt, dass das Gürzenich-Orchester in aller kürzester Zeit ein Deckungsloch von 1,4 Mio. EUR haben werde, wenn die von der Kämmerei vorgesehenen Kürzungen greifen werden. Beigeordneter Prof. Quander unterstreicht, dass es insofern keine Ungleichbehandlung der städtischen Institutionen und der freien Szene gebe. Es werde in allen Fällen darum gerungen, die Handlungsfähigkeit sowohl der städtischen Institute als auch der freien Szene zu erhalten, obwohl man nicht das gleiche Fördervolumen wie bisher erhalten könne. Für einen Eigenbetrieb sei es keine Lösung einen Kredit aufzunehmen. Hier müsse anders gegengesteuert werden. Er befürchtet, dass die Situation im Laufe des Jahres noch schwieriger werde und einige Museen zahlungsunfähig werden könnten, bevor man die Haushaltsberatungen im Rat verabschiedet habe. Er hält es für schwierig hierzu eine Prognose abzugeben.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt zu den Landesfördermitteln, dass in nächster Zeit einige Projekte stattfinden werden. Anhand des Beispiels „New talents“ erläutert er, dass die Kulturverwaltung den kommunalen Anteil erbracht habe. Daraufhin habe der Antragsteller einen entsprechenden Antrag beim Land eingereicht und die Zusage der Landeskanzlei, dieses Projekt zu fördern und die Mittel zur Verfügung zu stellen, erhalten. Nun sei die eigenartige Situation entstanden, dass die Bezirksregierung anhand eines Schreibens mitteilt, dass diese Mittel nicht ausgezahlt werden dürfen. Die Bezirksregierung vertritt die Meinung, dass bei jedem Projekt einzeln geprüft werden müsse, ob die Voraussetzungen des § 82 der GO vorliegen. Bei Gesprächen mit der Bezirksregierung habe man deutlich gemacht, dass dies für das Land ein Problem darstelle, weil für die bereitgestellten Gelder der Verwendungszweck gefährdet sei. Dies mache deutlich, wie schwierig die Situation für die Projekte sei. Er erklärt weiter, dass man in der Lage sei die allgemeine Situation darzustellen. Die Referenten des Kulturamtes haben ihre Jahresplanung auf der Grundlage dessen gemacht, was

in der Mitteilung beschrieben ist. Daraufhin seien unterm Strich die Projekte benannt, die man nach derzeitigem Stand leider nicht fördern könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, dies genau zu prüfen und den Ausschuss Kunst und Kultur zeitnah über die Ergebnisse zu informieren. Sie betont, dass ihr das Schreiben des Regierungspräsidenten nicht bekannt sei.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass es einen freien Träger gebe, der sein Projekt aufgrund der ihm verlässlich gegebenen Zuwendungsbescheide geplant habe und nun auf den Kosten sitzen bleibe.

Frau Ruiten stimmt Frau von Duiven in ihrer Ausführung zu. Dass die freie Szene zu kurz komme, halte sie für einen schleichenden Prozess, der absehbar gewesen sei. Außerdem käme noch die allgemeine Finanzkrise hinzu. Es müsse ihres Erachtens eine kurzfristige Bestandssicherung gemacht werden, um nicht am Ende des Jahres festzustellen, dass ein Großteil der freien Kulturszene nicht mehr vorhanden ist. Sie betont, dass hiervon auch einzelne private Insolvenzen betroffen seien.

RM Zimmermann fragt, ob die Verwaltung die Aussage, dass trotz der geschilderten Beschränkungen bei der Mittelbewirtschaftung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zurzeit noch keine irreparablen Einbrüche in der freien Kunstszene zu erkennen sind, aufrecht erhalte.

Herr Sörries berichtigt die Aussage von Frau Ruiten, indem er erklärt, dass durch die Steigerung im Kulturretat in die meisten Bereiche der freien Szene einigermaßen Sicherheit gebracht worden sei. Eine Wirtschaftskrise habe niemand voraussehen können. Er fordert die Linken auf, sich an der Entscheidung des Haushaltes zu beteiligen und sich nicht zurückziehen. Er begrüßt es, dass die Kulturverwaltung eine Liste der gefährdeten Kulturinstitutionen vorlegen wolle. Dies bedeute jedoch nicht, dass damit sofort eine Entscheidung getroffen werden könne, wer gefördert werde. Wegen des Doppelhaushaltes könne vor den Sommerferien kaum etwas entschieden werden. Er kritisiert, dass die von der Kämmerei eingerichtete „Task-Force“ die Verabschiedung des Haushaltes bereits seit Monaten verschiebe und schlägt vor, dass die Haushaltsdebatten möglichst schnell und im Konsens geführt werden, wenn der Haushalt dem Rat vorgelegt werde. Er bietet der CDU an, bezüglich der Kultur Gespräche zu führen, damit es gelinge der freien Szene und den Institutionen zu helfen. Es werde sicher Abstriche geben, aber die könne man nicht vermeiden. Er bittet die Verwaltung darum, die Ergebnisse der „Task-Force“ die den Kulturbereich betreffen, vorab zur Verfügung zu stellen.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert zum Thema irreparable Einbrüche, dass man versuche, möglichst viele Projekte zu ermöglichen. Es könne jedoch keine Garantie dafür geben, dass dies in Zukunft so bleibe. Er zeigt auf, dass die Kulturverwaltung stets Prioritäten setzen müsse und nicht alle Förderanträge umsetzen könne. Sollte die im Raum stehende Kürzungsquote, umgesetzt werden, fänden in der zweiten Jahreshälfte sehr viele Projekte nicht mehr statt.

RM Dr. Elster macht für seine Fraktion deutlich, dass sie seit Anfang des Jahres immer wieder darauf gedrängt habe, den Haushalt vorzulegen. Man habe erwartet, dass der neue Oberbürgermeister einen nachvollziehbaren Haushalt vorlege, auf dessen Grundlage man diskutieren könne. Momentan seien die Freie Szene, die Institutionen und auch die Bürger dieser Stadt im Unklaren darüber, welche Mittel am Jahresende überhaupt zur Verfügung stehen. Er bemängelt, dass man keinen Haushaltsplan habe, mit dem gearbeitet werden könne. Dieses Problem habe nicht das Land, der Regierungspräsident und auch nicht die CDU-Fraktion verursacht, sondern schlicht und ergreifend die montane Ratsmehrheit herbeigeführt. Dies betreffe nicht das Thema

der fehlenden Steuereinnahmen. Auch hier müsse man sich auf der Basis irgendeiner Planung auseinandersetzen, wie man welche Kulturprojekte in Köln tatsächlich retten wolle. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Unterschied zwischen den Institutionen und der Freien Szene hin. Die Institutionen seien in der Lage und werden vom Kämmerer angewiesen, selbstständig Kredite aufzunehmen für den Fall, dass die Zuweisungen der Stadt Köln nicht ausreichen. Diese Möglichkeit besitze ein freier Träger jedoch nicht. Hierfür gebe es genügend Beispiele, die der Kulturdezernent eben genannt habe. Die Ursache sei, dass die Stadt Köln unter einer vorläufigen Haushaltsführung leben müsse.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt RM Dr. Elster mit Blick auf die Notsituation der Freien Szene zu. Seiner Analyse möchte sie jedoch in vielen Teilen widersprechen. Sie unterstreicht, dass die Finanzsituation nicht von Rot-Grün verursacht worden sei, sondern andere Ursachen habe. Oberbürgermeister Roters hatte zu Beginn seiner Amtszeit eine ganze Reihe Probleme zu bewältigen, die durchaus auf seinen Vorgänger zurückzuführen seien. Sie schlägt abschließend vor, da die Landtagswahlen vorbei seien, sich auf die Kölner Probleme zu konzentrieren und zielorientiert zu diskutieren.

Auf Nachfrage von RM Zimmermann antwortet Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern, dass man versuche, möglichst wenige Projekte auf Grund der Kürzungen zu streichen. Sollten jedoch Kürzungen stattfinden, probiere man das Projekt in der zweiten Jahreshälfte stattfinden zu lassen. Bezüglich der Anfrage zum Thema IGNIS antwortet er, dass hier nicht die finanzielle Situation das Problem sei. Er weist darauf hin, dass das Kulturamt das Projekt nur zum Teil unterstützt und ein Großteil aus dem Sozialetat finanziert werde. Für ihn klang es in Gesprächen so, dass die Leiterin nach vielen Jahren der engagierten Arbeit zu der Erkenntnis gekommen sei, eine Auszeit zu nehmen. Sie möchte das Projekt nicht perspektivisch aufgeben, sondern behält sich vor, mit einem neuen Programm wieder neu anzufangen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es für wichtig, dass die Verwaltung die Probleme, die sich durch die vorläufige Haushaltsführung ergeben, im Rahmen der rechtlichen Vorgaben benennt, um darüber diskutieren zu können. Es gab den Vorschlag zur nächsten Sitzung darzustellen, in welchen Bereichen es besonders brenzlich sei. Sie bittet darum, dies in einer schriftlichen Mitteilung darzustellen. Ihr ginge es insbesondere darum dargestellt zu bekommen, wo Kürzungen vorgenommen werden und wo die Aktivitäten und die allerhöchsten Prioritäten der Kulturverwaltung liegen. Es sollte auch dargestellt werden, was durch verwaltungsinterne Auseinandersetzungen erreicht worden sei.

Herr Dr. Wackerhagen schlägt ergänzend vor, dass in der nächsten Sitzung direkt durch die Referenten des Kulturamtes konkrete Fragen beantwortet werden sollen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es zudem für notwendig, dass die Freie Szene verbindlicher und angemessener informiert wird.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.3 Städtebaufördermaßnahmen Filmhaus Maybachstraße und KinderKulturHaus Vondelstraße
hier: Finanzbeiräte
1867/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.4 artothek
1925/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage 13.4 Tanzhaus aus der Sitzung
des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 20.04.2010
1921/2010**

Herr Deutsch zeigt auf, dass er unter anderem nach den finanziellen Bedingungen gefragt habe, die in der Beantwortung der Verwaltung nicht reflektiert worden seien.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass man zum Zeitpunkt der Ausschreibung hierüber noch keine Auskunft geben konnte. Deshalb wurde in der Ausschreibung dargestellt, dass die Unterstützung der Projektmittel unter Umständen möglich sei, diese jedoch separat zu beantragen seien. Zum damaligen Zeitpunkt konnte man nicht davon ausgehen, dass noch Geld für das „Tanzhaus“ im Haushalt zur Verfügung stehe. Er weist darauf hin, dass der Ausschuss Kunst und Kultur in der letzten Sitzung darüber informiert worden sei.

RM von Bülow fragt, ob es für das Interim einen Wirtschaftsplan gebe und was am 31.07.2010, wenn das Interim ausläuft, geschehe. Außerdem möchte sie wissen, warum es bisher keine Ratsvorlage bezüglich des „Tanzhauses“ gab und wer das entsprechende Gesamtkonzept für das „Tanzhaus“ erstellt. Sie weist außerdem auf einen Streit innerhalb der Szene hin und fragt, was das Kulturamt unternehme, um diesen zu schlichten.

Frau Brunn bezieht sich auf die Darstellung des Kulturamtsleiters Dr. Schmidt-Werthern bezüglich der Ausschreibung und hält es für zweckmäßig, die zur Verfügung stehenden Landesmittel in einem transparenten und fairen Verfahren zu verteilen. Damit könne man verhindern, dass in drei Monaten kein Geld mehr da ist und die Freie Szene, die bereits überdimensionalen Kürzungen ausgesetzt sei, leer ausgehe. Sie fragt, welche Vorgehensweise es gebe, um nach einem fairen Verfahren ein Programm zu erarbeiten, woran die Freie Szene und die Choreographen beteiligt seien.

Herr Sörries schließt sich dem an und zeigt auf, dass man einen Beschluss hätte fassen müssen, wenn die Mittel anders verwendet werden, als im Haushalt vorgesehen. Er kritisiert, dass dies nicht getan worden sei. Die Mittel seien zweckgebunden als Projektfördermittel für das „Tanzhaus“ und nicht für das Interim. Er schlägt vor, das Tanzförderkonzept, welches mit der Freien Szene teilweise entwickelt wurde, schnellstmöglich vorzulegen, um weitere Anträge zu vermeiden. Dieses Problem habe es beim Theaterförderkonzept ebenfalls gegeben. Er schlägt deshalb vor, einen Beirat für den Bereich Tanz zu bilden, welcher die Projektmittel vergeben könne.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass es momentan außerhalb der Verwaltung kein bestehendes Gremium gebe, welches über die Mittel für den Tanz befände. Dies betreffe die Projektmittel und in diesem Fall die Mittel, die für das Tanzhaus eingesetzt werden könnten.

Auf die Frage von RM von Bülow antwortet er, dass „Raum 13“ einen Antrag gestellt und diesem einen Wirtschaftsplan beigelegt habe. Es liege ein aktualisierter Antrag für die Interimsnutzung vor und man wisse, was auf der Ausgabenseite ist und welche Mittel beim Land und beim Kulturamt beantragt werden. Dies sei kein Wirtschaftsplan, wie man ihn von den Bühnen her kenne, sondern eher ein Kostenfinanzierungsplan. Zudem erklärt er, dass überlegt werden müsse was nach der Interimszeit geschehe, weil die Sachlage eine Andere sei, als ursprünglich im Dezember geplant. Aus verschiedenen Gründen werde man im Juli nicht mit dem Umbau beginnen. Unter anderem, weil die Fachplaner bis dahin erst ihre Arbeit beendet haben werden und noch kein entsprechender Ratsbeschluss vorliege. Es müsse überlegt werden, was in der Zeit von August 2010 bis Ende Mai 2011, wenn der Mietvertrag endet und die Halle wieder zur Verfügung steht, dort geschehe. Dieses Problem habe man bei einem Gespräch mit Vertretern der Tanzszene angesprochen und dabei verabredet, dass ein Arbeitskreis gegründet werde, um zu erörtern wie das Interim gestaltet werde. Hierzu werde man einen Personenkreis von 60-70 Tanzinteressierten dieser Stadt einladen. Allerdings behalte man sich vor, ein paar Plätze des Arbeitskreises mit Personen zu besetzen, die Institutionen der Stadt vertreten, eine besondere Expertise haben und eine gewisse Zahl von z.B. Choreographen hinter sich vereinen.

Auf die Anfrage von RM Bülow bezüglich der Ratsvorlage antwortet er, dass man definitiv keine Aussage zu den Aus- und Umbaukosten der Hallen machen könne. Außerdem käme der Aspekt Fachplaner hinzu, mit denen ein Leistungszeitraum vereinbart werden müsse der es ermöglicht, im Juli die benötigten Zahlen vorzulegen. Danach werde man schnellstmöglich eine entsprechende Ratsvorlage vorlegen.

Zum Thema Streit innerhalb der Szene erläutert er, dass man verstärkt kommunizieren und ein transparenteres Verfahren zum Thema Interim wählen könne. Es werde diesbezüglich einen zweiten Workshop unter Einschluss des Landes geben, welcher ähnlich aussehe wie das Verfahren beim Interim.

Auf die Anfrage von Frau Brunn bezüglich des transparenten und fairen Verfahrens erklärt Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern, dass dies ebenso gehandhabt werde, wie bei jedem anderen Projektantrag auch. Da es keinen Beirat gebe, entscheide die Verwaltung über die Anträge aus dem Bereich Tanz. Bezüglich der genehmigten Landesmittel in Höhe von 160.000 EUR erklärt er, dass diese unter anderem für den Teilumbau und entstandene Organisations-, Genehmigungs- und Werbekosten verwendet werden. Außerdem werden davon Künstlergagen gezahlt. Er weist darauf hin, dass dies eine Forderung des Landes gewesen sei.

Der Behauptung von Herrn Sörries, dass es bereits ein fertig gestelltes Tanzförderkonzept gebe widerspricht er und stellt dar, dass es einen Austausch mit der Szene gegeben habe und bereits ein Entwurf existiere. Allerdings müsse man noch abschließende Gespräche führen.

Herr Deutsch bittet darum, den Ausschuss über die damit verbunden konzeptionellen Vorstellungen zu informieren. Er merkt an, dass die Eröffnung am vergangenen Wochenende nicht das gewesen sei, was man sich konzeptionell mit der Idee Tanzhaus vorgestellt habe. Er schätze „Raum 13“ sehr, aber diese Veranstaltung habe den Charakter einer Eröffnung eines Bürgerzentrums gehabt.

Herr Dr. Gellner stellt klar, dass nicht auf der einen Seite „Raum 13“ und auf der anderen Seite die gesamte Kölner Tanzszene stehe.

RM Dr. Elster bittet die Verwaltung das Konzept des Tanzgipfels zu erläutern, welcher sehr positiv angenommen wurde und auch ausverkauft gewesen sei.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert, dass es sich bei der Veranstaltung um eine bunte Palette von allem, was in dieser Stadt tanzt, gehandelt habe. Dies reiche von zeitgenössischem Tanz bis hin zur internationalen Ballettschule Köln und Tanzgruppen mit Migrationshintergrund. Er weist darauf hin, dass es sich um ein Projekt vom „Raum 13“ gehandelt habe, welches bereits vor einem Jahr stattgefunden habe und ebenfalls vom Kulturamt gefördert worden sei. Damals sei ein großer Teil von Choreographen nicht dabei gewesen, weil sie an dieser Projektform nicht teilnehmen wollten. Dies spreche weder gegen die Choreographen noch gegen die Projektform.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet die Verwaltung, den Ausschuss Kunst und Kultur entsprechend der Diskussion zu informieren.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.6 Konjunkturpaket II - Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendabteilung im Untergeschoss der Zentralbibliothek 1797/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.7 Teilnahme der Museen der Stadt Köln am Regionalen Rheinlandtag am 20. Juni 2010 1959/2010

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, welcher Museumstag bereits im Mai stattfinde.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass es sich hierbei um das Museumsfest bzw. den internationalen Museumstag handele, welcher traditionell im Frühjahr stattfinde. Bei der vorliegenden Mitteilung handele es sich um die Teilnahme der Museen der Stadt Köln am Regionalen Rheinlandtag, welcher vom Landschaftsverband koordiniert werde. Man sei aufgerufen worden, sich daran zu beteiligen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, ob es perspektivisch sinnvoll sei, den internationalen Museumstag mit dem Rheinlandtag zusammenzulegen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

14 Mündliche Anfragen

14.1 Baukultur

Frau van Duiven berichtet, dass es von der Stadtbaukultur NRW eine hochgelobte Initiative gebe, die seit zwei Jahren mit dem Projekt „SEHEN LERNEN“ durch NRW tourt. Hierbei handele es sich um mobile Sehstationen, die in verschiedenen Städten aufgestellt wurden, um auf bestimmte städtebauliche Akzente hinzuweisen und den entsprechenden Diskurs zu fördern. Der krönende Abschluss dieser Aktion sollte in Köln stattfinden. Die überdimensionalen Farbrahmen der Sehstation sollten auf dem Offenbachplatz aufgestellt werden. Soweit sie informiert sei, werde dies dort nicht

stattfinden. Sie fragt, welche Ämter und Dezernate damit befasst gewesen seien und ob dies in einem Fachausschuss debattiert worden sei.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass das Baudezernat damit befasst gewesen sei und Alternativstandorte zum Offenbachplatz angeboten worden seien. Über den aktuellen Sachstand könne er jedoch keine Auskunft geben.

Frau van Duiven fragt, warum der Standort Offenbachplatz, der ein Sinnbild für den Diskurs über Baukultur in Köln sei, ausgerechnet jetzt nicht möglich sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verweist darauf, dass dies im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden müsse.

Frau van Duiven bittet darum, den Ausschuss Kunst und Kultur entsprechend zu informieren.

14.2 Nachnutzung des Gebäudes am Ubierring

RM Jung fragt, ob es einen konkreten Sachstand über die Nachnutzung des Gebäudes am Ubierring gebe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung hierzu eine schriftliche Mitteilung zu einer der nächsten Sitzungen vorlege.

14.3 Haus Belvedere

Herr Heinemann kündigt an, diesbezüglich eine schriftliche Anfrage bei der Verwaltung einzureichen und bittet darum, diese zu einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

14.3 Ehemaliges Gelände Kaufhaus Kutz

Herr Dr. Wackerhagen fragt, was mit dem ehemaligen Gelände des Kaufhauses Kutz geschehe. Der Ausschuss Kunst und Kultur müsse seines Erachtens darüber weiter informiert werden.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass das Gelände nicht verkauft werde und hierfür weiterhin eine kulturelle Nutzung vorgesehen sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)